

Ein kolonialer Gedenktag.

1885. Berlin. Am 27. Februar 1885 erging der Schutzbrief des Kaisers an Dr. Carl Peters für die Erwerbungen der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation in Ostafrika. An diesem Gedenktag der deutschen Kolonien kann man heute nach 40 Jahren nur mit einer gewissen Wehmut an dieses Ereignis zurückdenken, aber die Erinnerung daran kann zugleich ein Aufsporn für das deutsche Volk sein, sich von neuem bewußt zu werden, daß es namentlich im Hinblick auf seine große Leistungen und Erfolge in kolonialen Besitzungen einen Anspruch darauf hat, gleichberechtigt mit allen anderen Kolonialstaaten dermalen wieder in eigenen Kolonien seine zivilisatorische Tätigkeit aufnehmen zu können.

Der damalige Reichskanzler Fürst v. Bismarck überfandte den kaiserlichen Schutzbrief am 2. März 1885 an die Gesellschaft für Deutsche Kolonisation mit einem Begleitschreiben, das zur Erinnerung hier wieder in seinem Wortlaut mitgeteilt werden möge. Das Schreiben lautete:

Mit Bezug auf die Eingabe vom 12. bzw. vom 20. u. 21. März lasse ich Euer Hochwohlgeboren befolgend den von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige für die Erwerbungen der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation in Ostafrika ausgehenden kaiserlichen Schutzbrief zugehen.

Zugleich benachrichtige ich Sie, daß ich von Seiner Majestät ermächtigt bin, den Dr. jur. Fülle einzuweisen mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit in den von der Gesellschaft erworbenen Gebieten zu vertrauen und ihn dem kaiserlichen General-Konul in Janzibar zu unterstellen. Der letztere wird die erforderlichen Befehle erhalten.

Dr. Fülle ist bereits beauftragt, sich beim Sultan von Janzibar für die Gewährung des freien Transits durch sein Gebiet, namentlich auf den dazugehörigen Westküste nach dem Innern Ostafrikas zu verwenden. Bis zum Eingang seiner Berichte über den Erfolg der hieraus gerichteten Bemühungen muß ich mir die Entscheidung über den Antrag Euer Hochwohlgeboren auf Unterzeichnung Ihrer Verhandlungen mit dem Sultan zur Erwerbung des Küstengebietes von Bagamoyo vorbehalten und rate Ihnen ab, die Situation gegenwärtig dadurch zu komplizieren. Die Genehmigung zur Bewilligung auch nur des Transits können darunter leiden.

Ich bemerke, daß absolute Geheimhaltung dieses letzten Punktes durch das Interesse des von Ihnen vertretenen Unternehmens geboten ist. 23. v. Bismarck.

Der kaiserliche Schutzbrief

am 27. Februar 1885 lautete:

Nachdem die derzeitigen Vorsitzenden der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation, Dr. Carl Peters und Unter-Kammerherr Felix Graf v. Helldorf, in Unserem Schutzbrief die Gebietswerbungen der Gesellschaft in Ostafrika, namentlich von dem Reichsde des Sultans von Janzibar, unterhalb der Oberhoheit anderer Mächte, nachgesucht und Uns die von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige mit den Herrschern von Usoga, Manru, Uteghu und Usani im November und Dezember vorigen Jahres abgeschlossenen Verträge durch welche in diese Gebiete für die Deutsche Kolonisationsgesellschaft mit den Rechten der Landeshoheit abgetreten worden sind, mit dem Ansuchen vorgelegt haben, diese Gebiete unter Unsere Oberhoheit zu stellen, so beschließen Wir hiermit, daß Wir diese Oberhoheit angenommen und die betreffenden Gebiete, vorbehaltlich Unserer Entschlüsse auf Grund weiterer Uns nachzuweisender vertragsmäßiger Erwerbungen der Gesellschaft oder ihrer Rechtsnachfolger in jener Gegend, unter Unseren kaiserlichen Schutz gestellt haben.

Wir verstehen der besagten Gesellschaft, unter der Bedingung, daß sie eine deutsche Gesellschaft bleibt, und daß die Mitglieder des Direktoriums oder der sonst mit der Leitung betrauten Personen Angehörige des Deutschen Reiches sind, sowie den Rechtsnachfolgern dieser Gesellschaft, unter der gleichen Voraussetzung, die Befugnis zur Ausübung aller aus den uns vorgelegten Verträgen fließenden Rechte, einschließlich der Gerichtsbarkeit gegenüber den Eingeborenen und den in diesen Gebieten sich niederlassenden oder zu Handels- und anderen Zwecken sich aufhaltenden Angehörigen des Reiches und anderer Nationen, unter der Aufsicht Unserer Regierung und vorbehaltlich weiterer von Uns zu erlassenden Anordnungen und Ergänzungen dieses Unseres Schutzbriefes.

Zur Urkunde dessen haben Wir diesen Schutzbrief Höchstehend vollzogen und mit Unserem kaiserlichen Insestel versehen lassen.

Gegeben Berlin, den 27. Februar 1885. Wilhelm. v. Bismarck.

Politische Tagesübersicht.

Der Schulbesuch der Saarländer. Die seit langem immer wieder erhobenen Klagen der Presse und der Organisationen, die auch bereits mehrfach dem Völkerverbund unterbreitet wurden, daß auf die Vergleiche und sonstigen von der Bergwerksdirektion abhängigen Personen ein Druck ausgeübt werde, ihre Kinder in die in Saarbrücken von der Bergwerksverwaltung gegründete französische Schule zu schicken, haben nunmehr die Regierungskommission veranlaßt, eine Bekanntmachung zu erlassen, in der gesagt wird, daß es jedem Angehörigen der französischen Gruben freigestellt wird, sein Kind in die deutsche oder französische Schule zu schicken, die Regierungskommission erklärt aber, daß sie die Erlaubnis zum Besuch der franz. Schule für die Zukunft nicht mehr in allen Fällen, sondern nur noch in solchen erteilen werde, wo wichtige Gründe dafür vorliegen.

Große kommunistische Organisation in Bulgarien aufgedeckt. Der Kriminalpolizei in Sofia ist es gelungen, eine große kommunistische Organisation, namentlich in den Städten Stara Zagora, Plovdiv, Jamboli, Warna und Burgas aufzudecken sowie vieles Belastungsmaterial zu beschlagnahmen. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung sind 70 Personen verhaftet worden.

Vor der Renouveau des preussischen Ministerpräsidenten. Der Kabinettsauschuss des preussischen Landtags ist für Montag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr einberufen worden. Das Plenum des preussischen Landtags tritt bekanntlich am 3. März zusammen, um die Interpellationen und Anträge zum Dortmund-Grubenunglück zu erledigen. Am 4. März soll die Renouveau des preussischen Ministerpräsidenten erfolgen.

Zur Bildung eines Landwirtschaftlichen Ausschusses beim Hauptvorstande der Deutschen Demokratischen Partei war eine Anzahl an den landwirtschaftlichen Fragen besonders interessierter Demokraten aus dem ganzen Reich im Reichstag zu einer Besprechung zusammengetreten. Das Ergebnis der Erörterungen war die Bildung eines vorläufigen landwirtschaftlichen Ausschusses, dessen Leitung in den Händen des Reichstagsabgeordneten Rönneburg, der Landtagsabgeordneten Heisch-Schleswig und Wachholtz die Besitze und der Landwirte Resner, Stoll und Reunede liegt. Es ist in Aussicht genommen, nachdem der Entwurf eines Agrarprogramms vorliegen wird, eine Reichstagsversammlung zu veranstalten.

Kilburg französischer Militärflugzeuge. Gestern nachmittag riefen auf dem Flugplatz Le Bouquet zwei Militärflugzeuge in 1500 Meter Höhe zusammen. Die beiden Flugzeuge wurden zertrümmert und die zwei Piloten getötet. Auch auf dem Flugplatz Fontois ist ein Militärflugzeug abgestürzt, dessen Piloten getötet wurden.

Stürmischer Verlauf der ersten Wirtschaferversammlung der neuen Wirtschafspartei. Die neue Partei für Handel, Handel und Gewerbe, die sich unter dem Vorsitz des Schuhmachermehlers Wehrle von der Wirtschafspartei abgetrennt hat, hielt am Mittwoch abend im Vitoriagarten in Wilmersdorf ihre erste öffentliche Wirtschaferversammlung ab, in der die Gegner hart vertreten waren und die einen stürmischen Verlauf nahm. In einer Rede wandte sich der Rechtsanwalt Dr. Wochel sehr scharf gegen die Haltung der Wirtschafspartei im Reichs- und Landtag zur Wirtschafspolitik. In der Diskussion wies der Abg. Zagendorf von der Wirtschafspartei die Behauptung des Herrn Wochel zurück.

Dr. Wewald wiederum Verhandlungsführer mit Polen. Wie bereits mitgeteilt worden, ist zum Leiter der Deutsch-Polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 1. März d. J. in Berlin beginnen werden, der Staatssekretär z. D. Wirtsch. Geh. Rat Dr. jur. h. c. Th. Wewald ernannt worden. Erzelien Wewald ist mit den deutsch-polnischen Beziehungen seit Jahren vertraut, er hat als zweiter Bevollmächtigter in den Jahren 1921-22 am Abschluß des Genfer Abkommens über Oberösterreich mitgewirkt und war deutscher Bevollmächtigter für die Regelung der Staatsangehörigkeits- und Exilationsfragen mit Polen, die nach letztmonatigen Verhandlungen Ende August 1924 zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt haben.

Deutsche Eisenbahnverhandlungen mit dem Reich. Handelsminister Dr. von Meißel ist Mittwoch abend zu Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium über deutsche Eisenbahnfragen nach Berlin gefahren.

Frankreichs Bedenken gegen die Verabschiedung der Dienstzeit. Nach dem Pariser rechtschreibenden Morgenblattern unteerte der Kriegsminister General Nollet an Tränen der Armee-Kommission versprochen, bis zum 20. April sämtliche Reformpläne im Büro der Kammer niederzulegen. Edo de Paris macht Nollet ausdrücklich aufmerklich auf seine schwere Verantwortung. Das Blatt schreibt, daß die Herabsetzung der 18 monatigen Dienstzeit auf 12 Monate für Frankreich die allerhöchsten Folgen nach sich ziehe. Anstatt der zwei Monate, in der die Herabsetzung — Derabsetzung der Dienstzeit — vollzogen werden sollte, müßte eine allmähliche Ubergangszeit von mindestens zwei Jahren geführt werden.

Koch keine internationale Währungs-Konferenz. Auf eine Frage im Unterhause wegen einer internationalen Finanzkonferenz zur Wiederherstellung der Ordnung im internationalen Währungsverkehr antwortete Churchill, daß nach den in Genoa gefassten Beschlüssen einer solchen Konferenz zunächst eine Konferenz der Bankiers vorausgehen müsse. Er hoffe, daß die Gelegenheit zu einer solchen Versammlung baldigst gegeben sei. Jetzt wäre dieser Plan verfrüht.

Um das Geleit zum Schutze der Reueblitz. Die Nachricht eines Berliner Blattes, daß die Reueblitzmänner der Länder an einer Konferenz über die Frage der Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Reueblitz angefordert worden seien, entwirrt, wie die Telegraphen-Union von zutüchtiger Stelle erzählt, nicht den Tatsachen.

50 Jahre französische Republik. An der Kammer feierte gestern Vainere die 50jährige Wiederkehr der Gründung der Republik in einer kurzen Gedächtnisrede, die schließend angehört wurde. Am Schluß lesen die Kommunisten: „Es lebe die französische Sowjetrepublik!“ Darauf wurde die Ausdrücke über die Finanznotlage wieder aufgenommen, von denen verschiedene Artikel angenommen wurden. Bei Artikel 109 wurde die Beratung auf eine Nachsitzung verlagert.

Der neue Leiter des Berliner Polizeipräsidiums. Der Präsident des Reichs Anstalts in Westpreußen Dr. Friedensburg ist als stellvertretender Leiter des Polizeipräsidiums nach Berlin berufen worden. Er wird sein Amt bereits in den nächsten Tagen antreten.

Zwei neue englische Schiffschiffe. Der erste Lord der Admiralität Britanien teilt dem Unterhause mit, daß die beiden neuen Großkampfschiffe „Helm“ und „Redoubt“ im Herbst vom Stapel gelassen und Ende des Jahres vollendet sein würden. Auf Grund des Washingtoner Abkommens werden dann die alten Vintennische Mar. Centurion, King George 5 und Thunderer vernichtet werden.

Zum Leipziger Kriminalskandal.

Leipzig. Der Fall Nouvel scheint sich zu einer Kriminalakademie auszudehnen, wie sie in den Analen der deutschen Polizeigeschichte einzig dasteht. Nach der am Dienstag vormittag erfolgten Verhaftung von 5 weiteren Kriminalbeamten, die gleichfalls mit Taschendieben gemeinsame Sache gemacht haben, ist am Mittwoch eine weitere Verhaftung in dieser Angelegenheit erfolgt. Während der Vernehmung der am Dienstag verhafteten Beamten wurde ein Leipziger Polizeibeamter als Zeuge vernommen. Im Laufe des Verhörs verbreitete sich der Verdacht der Mithäterlichkeit gegen diesen Beamten. Vom Untersuchungsrichter in ein scharfes Kreuzverhör genommen, hat der Polizeibeamte schließlich eingestanden, daß er mit dem Hauptwachemeister Nouvel und den anderen in fünf fändlichen Kriminalbeamten gemeinsam an den Diebstählen und Diebereien beteiligt gewesen sei. Der Beamte wurde daraufhin verhaftet und gleichfalls ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Protektversammlung der Berliner Rentner.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des Landesverbandes Groß-Berlin im Deutschen Rentnerbund wurde nach einem Vortrag des Schriftführers des Deutschen Rentnerbundes folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die Rentner Berlins erheben schärfsten Protest gegen das an ihrem Stande erneut begangene Unrecht. Sie müssen es gerade in dieser Zeit, in der jeder Tag neue Beweise für die leichtfertige Eingabe von Staatsgeldern hervorbringt, als ein Gebot empfinden, wenn bei der Entschädigungsfrage für die Rentner von der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches gesprochen wird. Sie lehnen daher die Bestimmungen der neuen Reichsgrundzüge als durchaus ungenügend ab und erwarten mit aller Bestimmtheit, daß die ihnen von Reich und von den Parteien des Reichstages gemachten Verprechungen nunmehr endlich einmal in Erfüllung gehen. Die Rentner, die meist alles für ihr Vaterland geopfert haben, wollen nicht länger Almosenempfänger sein, sondern als das anerkannt werden, was sie sind, nämlich Gläubiger des Reiches. Aus diesem Grunde fordern sie gleichzeitig eine gerechte Lösung der Anwartschaftsfrage. Nur wenn das Reich seine Entschädigungs-pflicht den von ihm Betroffenen gegenüber rückhaltlos anerkennt und diese Anerkennung vor allem den Bedürftigen gegenüber sich in die Tat umsetzt, kann den Rentnern wirklich geholfen werden. Allen denen aber, die berufen

sind, diese herabgesetzten Forderungen der Rentner zu verwickeln, sei zugeworfen: „Lobbet gibt, wer schnell gibt!“

Wie Ungarn Herriots Friedenspolitik einschätzt.

Budapest. In der Nationalversammlung wies bei Behandlung des Landesverteidigungsbudgets Landesverteidigungsminister Graf Glaty darauf hin, daß Herriot in seiner Kammerrede erklärt habe, seine Regierung verfolge eine friedliche Politik voller Liebe für die kleinen Völker. Graf Glaty erklärte, er mache sich die Ansicht Herriots vollständig zu eigen; doch frage er die ganze Welt, vor allem den Völkerverbund, wer solche Worte mit mehr Recht gebrauchen dürfe, der ungarische Staatsminister oder der Ministerpräsident von Frankreich. Der französische Ministerpräsident habe 600 000 Bajonette und viel Kriegsmaterial hinter sich, während dem gegenüber ein deutsches Heer von 100 000 Mann bestehe. Ungarn beste abgerüstet mit seinem 35 000 Mann da, und ringsherum seien 450 000 Mann, ebenso ausgerüstet wie die französische Armee. Wo entspreche die eben zitierten Worte mehr der Wahrheit, hier oder auf den Lippen Herriots? Wir haben unsere übernommenen Verpflichtungen eifrig erfüllt. Mögen auch die übrigen ihre Pflichten erfüllen.“

Bildung einer großen Gewerkschaftsallianz in London.

London. (Zuspruch.) Blättermeldungen zufolge wurde der erste Schritt in der Bildung einer großen mächtigen Gewerkschaftsallianz, die 2 1/2 Millionen Arbeiter umfaßt, geteilt vom nationalen Vollzugsausschuß des britischen Bergarbeiterverbandes getan. Der Sekretär des Vollzugsausschusses Coof wurde angewiesen, in London nächste Woche Zusammenkünfte zwischen den Vollzugsausschüssen der Bergarbeiter und denen des Nationalen Verbandes der Eisenbahner und des Verbandes der Lokomotiv-Maschinen- und -Heizer, des Vereinigten Maschinenbauverbandes, der Transportarbeiterunion sowie des Nationalen Transportarbeiterverbandes zu vereinbaren, um gegenseitige Aktionen im Falle künftiger Krisen zu erörtern. Hieran soll eine Zusammenkunft mit dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses folgen. Laut Westminster Gazette würde eine aus diesen Beratungen hervorgehende Quadrupel-Allianz einschließen die Bergarbeiter, Zweige des Transportdienstes und die Maschinenisten.

Ueber die Entstehung des Dortmunder Bergwerksunglücks.

Berlin. In der gestrigen Generalversammlung der Völkerverbinder Bergwerksgesellschaft wurde von dem technischen Leiter der Zeche „Minister Stein“ über die Entstehung des Bergwerksunglücks mitgeteilt, daß der Brand weder durch Leichtsinn der Belegschaft noch durch die Grubenlampen, die alle elektrisch seien, hervorgerufen worden sei. Nach den bisherigen Feststellungen sei die Explosion aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Zerkleinerung durch einen Schuß mit einer Patrone verursacht worden, während sonst hierfür immer drei Patronen verwendet worden seien. Die bergtechnische Untersuchung hätte ergeben, daß bei Gaspatronenschüssen noch glühende Teile eine Entzündung von Schlagwettersgasen herbeiführen könnten. Naturgemäß würden entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

Deutsche Reisende im Ausland.

Eine Warnung für die Reisende.

Nach wie vor wird die Tatsache, daß nach den Jahren der Abgespanntheit ein beträchtlicher deutscher Reisetraum ins Ausland gefahren ist und noch weiter fährt, von der deutschfeindlichen Presse auf niederrichtige Weise ausgeschaltet. Uns liegt eine Nummer der „Daily Mail“ vor, in der es unter anderem heißt: „Deutsche sind viel mehr im Übermaß als Engländer, bleiben auch länger. Ihre Sachen sind funktionslos und prima, sie lassen vielleicht zweimal soviel drausgehen wie die Engländer. Die geläufigste Entschuldigung, daß seien Kriegsgewinnner, hält nicht Stich. Die Deutschen nehmen bei sportlichen Veranstaltungen die teuersten Sitze, besitzen die besten Kameras, viele von ihnen eigene Kurbelapparate. Haushälterisch sind sie in Kleinfaktoren, die dritte Klasse des Hotel-Berlin-Express ist geköpft voll — ein Beweis mehr, daß alle Strände, nicht bloß Kriegsgewinnner vertreten sind. Daher vernahm man keine Klagen über Anrempelung von Engländern durch Deutsche, sie sind vielmehr überaus höflich in ihrer hölzernen Weite. Mit schlecht verdecktem Entzücken beobachten sie sich an, wo eine gefällige Veranstaltung Gelegenheit gibt.“

Man sieht aus diesem geschätzten, mit Verallgemeinerungen und Entstellungen arbeitenden Ausführender, wie gerade wir Deutschen in dieser Zeit im Auslande auf Wahrung unserer Würde und auf tatkräftigste Beistand zu achten haben. Daß die Reisenden der dritten Klasse in das Ausland fahren, nicht um zu schleppen, sondern um dort billiger zu leben als in dem teuren Deutschland, das weiß das englische Blatt natürlich ganz genau. Die Zahl, sich an zweifelhafte Ausländer anzubieten, wird hoffentlich bald allen Deutschen vergangen sein.

Wegen Hochverrats verurteilt.

Leipzig. Vor dem sächsischen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wurde vorgestern und gestern ein Hochverratsprozess gegen den Landtagsabgeordneten Eugen Haller, Banamiernehmer Joseph Wilschneider, Schmiedemeister Jakob Salan, Glasbläser Reinhold, Zimmermann Friedrich Voelke, Glasbläser Karl Siegmund, Bahnarbeiter Wilhelm Werner aus Schweinitz und Glasmacher Wilhelm Kanny aus Freudenstadt verhandelt. Die Angeklagten haben sich wegen Hochverrats Beihilfe zum Hochverrat und Waffenbeschaffung zu verantworten. Im Oktober 1923 wurden in Freudenstadt und Umgebung mehrere Waffen und Munition geholt, n. a. auch ein Maschinengewehr vom Bahnhofs in Freudenstadt. Die Angeklagten hatten die Waffen in einem Keller zwischen Freudenstadt und Schweinitz verstreut. Sie sollten zu dem bevorstehenden kommunistischen Putz verwendet werden. Die Angeklagten sind teilweise gehandigt, wovon aber die Waffen nur rechtsgerichteten Kreisen weggenommen haben. Es erhielten Haller 2 Jahre Gefängnis und 150 M. Geldstrafe, Wilschneider 2 Jahre Gefängnis und 150 M. Geldstrafe, Salan 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, Voelke, Werner, Kanny und Reinhold je ein Jahr Gefängnis und 100 M. Geldstrafe; Siegmund erhielt 6 Monate Gefängnis, 4 bis 6 Monate der Freiheits- und die Geldstrafen wurden allen Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Bei lästigem Husten

raten wir Ihnen die von Ärzten als fruchtbares Hustenmittel hervorragend begutachteten **Tagitta-Gutten-Bombons** zu nehmen. Lindern die Schmerzen, lösen den Schleim. Tagitta-Bombons sind in allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Stadtbücherei Niefa.